Samoa. Der Führer der „Deutschfreisinnigen" in der Commission, Abg. Dr. Bamberger, operirte mit der Insinuation, die Linie solle lediglich zu dem Zwecke geschaffen werden, um der Plantagengesellschaft den Verkauf ihrer Ländereien auf den Samoa-Inseln zu erleichtern. Der Bundescommissar Geh. Rath Kussarow wies diese Insinuation entschieden zurück und bemerkte, da coloniale Projecte bezüglich Neu-Guineas mit der Linie in Verbindung gebracht worden waren, daß diese Projecte seit 1880 existirten und daß durch eine damalige unvorsichtige Depesche eines Reichstagsmitgliedes (Bamberger) nach Australien beinahe die Stellung eines Theils von Neu-Guinea unter deutsche Schutzhoheit hinfällig geworden wäre. Abg. Dr. Bamberger erwiderte, seine nach Australien gerichtete Depesche habe nur angefragt, ob es dort bekannt sei, inwiefern gewisse coloniale Bestrebungen auf Neu-Guinea mit der Reconstruction der Plantagengesellschaft auf Samoa im Zusammenhang stünden. Jedes Wort einer Depesche nach Australien kostet mindestens 10 ℳ 60 ₰ (nach Queensland 10 ℳ 80 ₰ und nach Neu-Seeland 11 ℳ 80 ₰). Die fragliche Depesche kostete danach wohl 200 ℳ Wenn man erwägt, daß diese Anfrage nach Australien nur einen kleinen Theil der Bamberger'schen Erhebungen ausmacht, so muß man gestehen, daß es sich Herr Bamberger etwas kosten läßt, dem deutschen Reiche — um berühmte Muster zu variiren — den Weltmachtskitzel auszutreiben.

* Nichts ist den Polen in den Provinzen Posen und Westpreußen wohl so verhaßt, als die im Jahre 1873 erlassenen Oberpräsidialverordnungen über den Sprachunterricht in den von den Kindern polnischer Zunge besuchten Volksschulen. Seit dem September des vorigen Jahres sind nun von den polnischen Geistlichen, Gutsbesitzern und überhaupt polnischen Führern in Posen und Westpreußen sowohl als auch in Oberschlesien Unterschriften zu einer Petition gesammelt worden, in welcher nach Schilderung der gegenwärtigen Schulverhältnisse in den östlichen Provinzen folgende Forderungen gestellt werden: 1) Zurückgabe der Schulaufsicht an die Geistlichen, namentlich soweit es sich um den Religionsunterricht handelt; 2) Wiedereinführung der früheren Anzahl Religionsstunden; 3) Wiedereinführung der polnischen Sprache als Unterrichtssprache für alle Kinder polnischer Zunge; 4) Beginn des deutschen Lese- und Schreibunterrichts bei polnischen Kindern erst dann, wenn dieselben sicher polnisch lesen und schreiben gelernt haben. Diese Petition hat aus fünfzehn Kreisen der Provinz Posen allein 41,688 Unterschriften erhalten und ist vom Abgeordneten v. Jazdzewski in den letzten Tagen an das Abgeordnetenhaus abgeschickt worden. Die fünfzehn Kreise, in welchen die Petition unterzeichnet wurde, sind Posen, Tscharnikau, Kolmar, Obornik, Mogilno, Gnesen, Birnbaum, Schubin, Kosten, Fraustadt, Krotoschin, Wreschen, Samter, Kröben und Adelnau. Aus den übrigen elf Kreisen der Provinz Posen stehen ebenfalls noch zahlreiche Unterschriften in Aussicht. Die polnischen Blätter in Posen geben sich der Hoffnung hin, daß die Gesammtzahl der Unterschriften der Petition sich auf mindestens 100,000 steigern werde. Auch die polnischen Kreise Westpreußens und Oberschlesiens haben in der Schulangelegenheit Petitionen an das Abgeordnetenhaus gerichtet; die Petition aus Westpreußen zählt nur 2000, die aus Oberschlesien dagegen 20,000 Unterschriften. Einen Erfolg werden die polnischen Agitatoren mit diesen Petitionen wohl kaum erzielen; denn Regierung und Abgeordnetenhaus werden sich ohne Zweifel niemals dazu verstehen, die polnischen Forderungen in Betreff der Schulen als berechtigte anzuerkennen und zu erfüllen.

* Karl Fürst zu Löwenstein als Commissar der Generalversammlung der Katholiken Deutschlands erläßt aus Kleinheubach folgende charakteristische Bekanntmachung über die Pilgerfahrt nach Rom:

„Die 31. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands hat einen Antrag auf regelmäßige Organisirung und Führung von Pilgerzügen nach Rom und Jerusalem gebilligt und dessen Verwirklichung gewünscht. Da im vorigen Herbste die Pilgerfahrt nach Rom wegen der Cholera unterbleiben mußte, so wird, so Gott will, eine solche, falls genügend zahlreiche Anmeldungen zur Fahrt erfolgen, gegen Ende Februar stattfinden. Dieser Zeitpunkt ist mir in Vorschlag gebracht und gewählt worden, damit der Zug vor dem 3. März, Krönungstag Sr. Heiligkeit des Papstes, in Rom eintreffe. Es ist Aussicht vorhanden, daß, dem Wunsche der katholischen Generalversammlung entsprechend, einige Malteserritter den Zug führen werden. Anmeldungen zur Theilnahme an der Fahrt sind an meinen Leibarzt Dr. Jung dahier vor Mariä Lichtmeß zu richten. Bedingungen sind: 1) Der Besitz eines Zeugnisses als aufrichtiger, treuer Katholik (von dem betreffenden Pfarrer), 2) eine Paßkarte und 3) mindestens 250 ℳ Reisegeld. In Rücksicht auf die ungünstige finanzielle Lage des h. Vaters, welche nicht durch die sparsamen Ausgaben für Höchst Ihn Selbst und Seinen Hof, sondern durch Seine Großmuth für die Nothleidenden und die großen Bedürfnisse für die Missionen und für die Leitung der Kirche veranlaßt ist, erscheint es wünschenswerth, daß bei dieser Gelegenheit reichliche Spenden des Peterspfennigs überbracht werden. Nähere Mittheilungen folgen spätestens am 3. Februar."

* An die Polizei-Behörden mehrerer Städte (Wien, Leipzig, Bremen) hat das Frankfurter Polizei-Präsidium folgendes Telegramm gesandt: „Der Polizeirath Dr. Rumpff wurde heute Abends erstochen. Die That wurde unzweifelhaft von Anarchisten verübt. Möglicherweise ist der Thäter oder Mitwisser ein Mann von etwa 30 bis 40 Jahren, untersetzt, hat volles Gesicht, blonde Haare, kurzen blonden Schnurrbart und ist 5½ Fuß groß. Ich bitte, sofort und in den nächsten Tagen nach den Verbrechern zu forschen. Der Präsident: v. Hergenhahn." — Die Section der Leiche des Dr. Rumpff ist am Donnerstag Vormittag auf dem Sachsenhäuser Friedhof von den Gerichtsärzten Dr. Bagge und Dr. Kinzelbächer ausgeführt worden. — Auch in Berlin ist die gesammte Criminalpolizei in Bewegung gesetzt. — Von den Socialdemokraten sind am Mittwoch in Frankfurt a. M. drei zur Polizei geholt worden und zwar einer, der aus Leipzig, einer, der aus Berlin ausgewiesen worden, und ein Frankfurter, der schon einige Mal wegen socialistischer Umtriebe in Untersuchung gewesen. Sie wurden im Polizei-Präsidium sehr artig behandelt, und nachdem sie nachgewiesen, wo sie zu der Zeit gewesen, als der Mord geschehen, sofort entlassen. Die Beerdigung des Dr. Rumpff sollte nach der Bekanntmachung der Familie Freitag Vormittag 9 Uhr vom Sterbehause (Sachsenlager 5) aus stattfinden.

* Man schreibt der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" aus Süddeutschland:

Bei Gelegenheit der neulichen Debatte im Reichstage über die Bedeutung der Auswanderung hat der Herr Abgeordnete Richter darauf Bezug genommen, daß in den letzten Jahren große Schaaren von Tabakarbeitern sich über Hamburg nach Amerika eingeschifft haben, und diese Thatsache als einen Beweis dafür ausgelegt, daß die Steuer- und Monopolprojecte des Herrn Reichskanzlers die Tabakindustrie ruinirt hätten. Mit Zahlen läßt sich eben herrlich streiten, wenigstens der großen Masse gegenüber, die mit den Verhältnissen nicht vertraut ist. Schon auf das bloße Anführen von Ziffern hin glaubt sie, daß ein Sachverständiger zu ihr spreche, und nimmt ohne eigene Prüfung die dargebotenen Schlüsse für richtig hin. Bei dem wirklich Sachkundigen wird — um mit Herrn Richter zu sprechen — dessen Behauptung Kopfschütteln erregen. In unserer Gegend, in welcher die Tabakindustrie einen Haupterwerb bildet, besteht ein Verein, der im letzten Jahre an ca. 11,000 Bedürftige Unterstützungen vertheilt hat. Von den Unterstützten waren über 1000 Schuhmacher, circa 700 Schreiner, circa 600 Schneider, über 500 Schlosser, gegen 800 Tagelöhner, über 200 Bierbrauer u. s. w. — dagegen nur 40 Cigarrenmacher. Wir erachten dies für ein Zeichen, daß es der Tabakindustrie nicht schlecht geht, und werden daran festhalten, bis daß Herr Richter uns den Gegenbeweis erbringt. Allerdings müßte sich derselbe auf eine andere Argumentation stützen als die, welche der Führer der Fortschrittspartei neulich betreffs der Auswanderung vorgebracht hat.

Die Erfahrungen, die wir bei uns zu Lande gemacht haben, bestätigen vollkommen den Satz, den der Herr Reichskanzler jüngst im Reichstage aufgestellt hat, daß nämlich die Auswanderungszahl einen Maßstab für die steigende Wohlhabenheit der Bevölkerung bilde. Wohlhabenheit ist selbstredend nicht der Grund für Auswanderung. Das Motiv dazu liegt vielmehr in der Hoffnung, daß man im Auslande sich ein besseres Fortkommen zu verschaffen im Stande sein werde, als im Inlande. Aber dieses Motiv kann nicht zur Action führen, wenn der Betreffende nicht die Mittel besitzt, welche erforderlich sind für die Reise bis zum Seehafen und dann weiter bis nach Amerika, sowie für den ersten Unterhalt daselbst. Die meisten Leute, welche auswandern wollen, werden gerade durch die Verhältnisse zurückgehalten, denen sie zu entgehen suchen, d. h. durch ihre schlechte ökonomische Lage. Sie verdoppeln nun ihre Thätigkeit, sie sparen, und wenn sie die nothwendige Summe zusammengebracht haben, wenn es ihnen also, wie man zu sagen pflegt, besser geht, dann wandern sie aus, um den Versuch zu machen, ob es ihnen drüben nicht noch besser ergehen werde.

Zur Auswanderung gehört also zweierlei: die Lust dazu und Geld. Die Lust ist in denjenigen Landestheilen geringer, in denen die Erwerbsverhältnisse gesund sind, d. h. eine richtige Mischung der landwirthschaftlichen und industriellen Thätigkeit besteht. Daraus erklärt sich, daß die Auswanderung sich hauptsächlich aus rein landwirthschaftlichen Gegenden rekrutirt, in denen die Schwankungen der nur einseitig ausgebildeten Erwerbsverhältnisse an sich empfindlicher sind. Aber auch hier wird die Bethätigung der Lust zum Auswandern doch erst möglich, wenn die Erwerbsverhältnisse die Beschaffung der erforderlichen Mittel ermöglichen.

Unsere Auffassung stützt sich allerdings nur auf die Beobachtung der Verhältnisse, wie sie sich in unserer Gegend gestalten. Indeß erklären sich diese Verhältnisse und Vorgänge ganz allgemein psychologischer Natur, und damit scheint uns jeder Zweifel an der allgemeinen Gültigkeit derselben ausgeschlossen zu sein. Herr Richter gehört zu den Parlamentariern, die das praktische Leben auch nicht einmal in einem beschränkten Kreise kennen. Er baut sich seine nationalökonomischen wie alle übrigen Systeme lediglich mit Hilfe einiger aprioristischer Grundsätze auf, deren oberster der ist: Der Reichskanzler hat in Allem Unrecht.

* * *

* Das Wiener „Fremdenblatt" sieht in dem Frankfurter Morde einen offenbaren Act des Terrorismus; die menschliche Gesellschaft müsse sich gegen diese Gefahr schützen, der Staat und die Gesellschaft müßten den Kampf aufnehmen. Die Gleichartigkeit der Bewegung in Oesterreich, Deutschland, Rußland und in den anderen Reichen Europas lege die Idee einer gleichartigen Vertheidigung nahe, denn da die anarchistische Bewegung einen internationalen Charakter trage, so würde eine internationale Vereinigung zur Abwehr entsprechend sein. — Die „Presse" sagt: Der Frankfurter Mord mahne eindringlichst, sich nicht lediglich auf die Verfolgung der der That Schuldigen zu beschränken, sondern vielmehr durch ein ernstes Erfassen der socialen Fragen der Anarchie den Boden zu entziehen. Die Versuche der Regierungen, namentlich Deutschlands, zur theilweisen Lösung dieser Fragen hätten bereits zu dem Erfolge einer schärferen Scheidung der Socialisten und Anarchisten geführt. Das Frankfurter Attentat sei eine neue Mahnung an den deutschen Reichstag, nicht taub zu bleiben gegenüber der warnenden Stimme des Kaisers und des Reichskanzlers und sich nicht ablehnend zu verhalten gegen die socialpolitischen Reformvorschläge. — Die „Neue Freie Presse" erblickt in dem Attentat zweifellos anarchistische Hände und gleichzeitig den Beweis, daß eine dauernde Abhilfe nur geschaffen werden könne, wenn die Regierungen jene Elemente zur Abwehr zusammenfassen, welche mit ihnen ein gemeinsames Interesse daran haben, die Gesellschaft vor der Anarchie zu bewahren. Als ein solches staatserhaltendes Element bezeichnet die „Neue Freie Presse" ein liberales Bürgerthum. — Die „Deutsche Zeitung" äußert: „Das Frankfurter Attentat zeichne der deutschen Gesetzgebung den Weg vor. Fürst Bismarck habe Recht, wenn er durch den Schutz der nationalen Arbeit, durch sociale Vorbeugungsmaßregeln, durch die Entlastung der kleinen Steuerzahler und durch coloniale Unternehmungen die Wohlfahrt des Volkes zu heben suche; auf diesem Wege sollte ihm der Reichstag mit größerem Eifer folgen.

* Die russische Regierung beabsichtigt, die der Präfectur von Petersburg beigegebene Polizei vollständig zu reorganisiren. Das Budget derselben wird reducirt und es sollen Anordnungen getroffen werden, welche die geheime Abtheilung in engere amtliche Verbindung mit der Reichspolizei bringen.

* Das statistische Bureau in Sofia veröffentlichte jüngst die vorläufigen Ergebnisse der Volkszählung vom Jahre 1881 im Fürstenthum Bulgarien. Am Zählungstage wurden im Ganzen 2,007,919 Bewohner ermittelt, und zwar 1,027,803 männliche und 980,116 weibliche, so daß 1049 Männer auf je 1000 Frauen entfielen. 40.4 Procent der Bevölkerung waren unter vierzehn Jahre alt; von den älteren Personen waren 12.8 Procent ledig, 41.2 Procent verheirathet, 5.5 Procent verwittwet und nicht voll 0.1 Procent geschieden. Die Hauptkirche des Landes ist die griechisch-orthodoxe, welcher 69.9 Procent der Bevölkerung angehörten; außerdem gab es 28.8 Procent Mohamedaner, 0.7 Procent Israeliten und etwa 0.6 Procent Andersgläubige, darunter namentlich römisch-katholische und protestantische Christen, sowie Gregorianer. Der Muttersprache nach waren 67 Procent der Einwohner Bulgaren, 26.3 Procent Türken, 2.4 Procent Walachen und 1.9 Procent Zigeuner. Der Rest von 2.4 Procent bestand aus 14,020 spanischen Juden, 12,376 Tataren, 11,551 Griechen, 3832 Armeniern, 1275 Deutschen, 1124 Russen, 1894 Serbo-Kroaten und 2387 Angehörigen anderer Nationen und der Sprache nach Unbekannten. Die meisten Bewohner des Fürstenthums (96.5 Procent) waren im Lande geboren; 1.6 Procent stammte aus Thracien und Macedonien, 1.9 Procent aus anderen Ländern, und nur 0.6 Procent waren Unterthanen fremder Staaten.

* Herr Gladstone, der englische Premierminister, hat dem Sohne des Prinzen von Wales, dem Prinzen Albert Victor Edward (oder, wie ihn die „Times" bereits nennt, Edward von Wales) anläßlich des Tages, an welchem derselbe die Großjährigkeit erreicht hat, folgendes, aus Hawarden, den 7. Januar, datirte Schreiben übersandt:

Sir! Als der älteste unter den vertrauten Dienern Ihrer Majestät kann ich den Jahrestag nicht unbeachtet lassen, an welchem Ew. königliche Hoheit morgen die Großjährigkeit erreichen und der somit einen wichtigen Abschnitt in Ihrem Leben bezeichnet. Die Hoffnungen und Pläne derjenigen, deren Leben wie das meinige bereits der Vergangenheit gehört, sind von geringer Bedeutung; aber sie haben viel gesehen, und was sie gesehen haben, flößt viele Gedanken ein, die sich auf die Zukunft beziehen. Vor Ew. königl. Hoheit liegt die Aussicht — ich hege das Vertrauen, zu einer noch entfernten Zeit, — einen Thron einzunehmen, der mir wenigstens als der herrlichste in der Welt erscheint wegen seiner Geschichte und seiner Erinnerungen, wegen seiner gesetzlichen Grundlage, wegen der Last der mit ihm verknüpften Sorgen, wegen der Loyalität und Liebe des Volkes, endlich wegen der unvergleichlichen Gelegenheiten, die er bietet, auf so mannigfache Weise und in so vielen Gegenden den fast zahllosen Schaaren Gutes zu thun, die der Allmächtige dem Scepter Englands unterstellt hat. Ich wünsche und erflehe es heiß, — und es kann kein erhebenderes Gebet geben, — daß Ew. kgl. Hoheit immer fester werden möge in den Grundsätzen des Lebens und herrlich ausgestattet werden möge mit allen den Eigenschaften, welche diesem erhabenen und edlen Berufe entsprechen. Und, Sir, wenn der Souveränetät durch unsere moderneren Einrichtungen einige ihrer Bürden genommen sind, so bleibt es doch, wie ich glaube, immer wahr, daß es keine Zeit in der Geschichte der Welt gegeben hat, zu welcher die Nachfolger in einer Monarchie wirksamer zu dem Bestande eines großen geschichtlichen Systems, das mehr auf Liebe als auf Kraft sich aufbaut, beitragen können dadurch, daß sie sich ihren Pflichten treu widmen und dem Lande ein leuchtendes Beispiel geben. Dies Ergebniß sind wir so glücklich gewesen zu schauen, und ich bin überzeugt, daß auch andere Geschlechter es von Ihrem schauen werden. Indem ich von Herzen wünsche, daß in Ew. königl. Hoheit Leben jedes private und persönliche Glück mit jedem öffentlichen verbunden sein möge, habe ich die Ehre ꝛc. W. E. Gladstone.

* Die Kensingtoner Rede, in der Sir Charles Dilke eine Wendung in Englands auswärtiger Politik ankündigt, liegt nun im Wortlaut vor, der den telegraphischen Bericht um einige Pinselstriche bereichert, aber doch bezüglich des Charakters der neuen Richtung der Einbildungskraft freien Spielraum läßt. Dilke, der sich seit Jahr und Tag in einem von links nach rechts drängenden Umbildungsproceß befindet, beruhigte seine Zuhörer zunächst über Deutschlands Absichten auf Zanzibar und ging dann auf den ihr gemachten Vorwurf des Jingoismus über. Dieser Ausdruck stammt bekanntlich aus dem Winter 1876; damals stand die türkische Frage auf der Tagesordnung, und die Conservativen betheuerten, England habe Schiffe, Geld und Männer, und also dürfe Rußland niemals Konstantinopel haben. Die Londoner Musikhalle hallte damals von dem Kriegsgesang Maidermott's wieder, der mit den Worten begann: We don't want to fight, but by Jingo if we do! In früheren Jahren würde Dilke sich gegen den Vorwurf des kriegerischen Chauvinismus mit Hand und Fuß gewehrt haben. Heute kleidet er seine Annäherung an die Jingobegeisterung in folgende launige Wendung: „Wenn überhaupt, vertrete ich den Jingoismus nicht in der Art des örtlichen Führers der Conservativen, Crump. Crump sagt, die Beschießung Alexandriens sei ein Brüllen des britischen Löwen gewesen, das sein Herz zwei Fuß höher schlagen ließ, als es Jahre lang gethan — das Herz Crump's, nicht das des englischen Löwen. Es mag nothwendig sein, einzelne Gebiete unsrer colonialen und auswärtigen Politik zu ändern. Die Politik der Vergangenheit, welche an und für sich sehr weise gewesen sein mag, mag mit einer Politik vertauscht werden, welche, rein theoretisch betrachtet, vielleicht weniger weise ist, welche aber besser den Thatsachen entspricht, denen wir uns in diesem Augenblicke gegenüber sehen." Die Verkörperung der gelehrten Stubenpolitik, welche sich von allgemeinen deductiven Erwägungen leiten läßt und nicht in das Getriebe des wirklichen politischen Lebens hinabsteigt, ist eben Gladstone. Sein System der auswärtigen Politik ähnelt darin den Beglückungstheorien der Radicalen aller Zeiten und Völker, welches sich auf dem Papier sehr schön und sinnreich ausnimmt, aber in Wirklichkeit über die elementarsten Thatsachen stolpert. Gerade durch diesen Gegensatz zu Gladstone's politischer Denkart erhält Dilke's Rede, welche die Abwendung vom Doctrinarismus predigt, eine pikante Färbung.

* Ueber die auf die deutschen Besitzergreifungen im Stillen Ocean bezüglichen Vorgänge wird der „Frankfurter Zeitung" aus Berlin geschrieben:

Weder bei der Regierung, noch an anderer Stelle ist bis jetzt etwas eingetroffen, was zur weiteren Aufklärung der Meldung von der Vertreibung der deutschen Ansiedler aus Neu-Guinea dienen könnte. Dagegen sind anderweitige Berichte über Vorgänge eingegangen, welche vielleicht mit jenen Meldungen in Verbindung stehen. Telegramme aus Queensland an Privatpersonen, welche mit den neuesten Bemühungen, die deutschen Ansiedlungen in der Südsee und auf Neu-Guinea auszubreiten, eng liirt sind, bringen nämlich die Kunde, daß an verschiedenen Stellen in der Colonie Queensland Banden in Bildung begriffen seien, die sich auf den neuerdings deutscherseits beanspruchten Inselgruppen gleichfalls niederlassen und nöthigenfalls mit bewaffneter Hand behaupten wollen. Es wird hinzugefügt, daß eine solche Gesellschaft, aus etwa 30 Köpfen bestehend, bereits in See gegangen sei, unbekannt wohin. Die Colonie Queensland hat sich von jeher ganz besonders gierig nach Annexionen der Australien nächst gelegenen Inselgruppen englischerseits gezeigt. Sie hat dazu auch insofern besonderen Anlaß, als die in der Colonie in erheblichem Umfange vorhandenen Zucker-Plantagen einer großen Anzahl von Arbeitern bedürfen, die bisher hauptsächlich von jenen Inseln geholt wurden. Es ist bekannt, daß diese Anwerbungen von Arbeitern zu den größten Mißbräuchen, ja zum förmlichen Sclavenhandel geführt haben, ebenso aber auch, daß sowohl die deutsche, als auch die englische Regierung gegen diesen Unfug eingeschritten sind und den Sclavenhändlern so ziemlich das Handwerk gelegt haben. Außerdem hat die allmälige Ausdehnung des deutschen Plantagenbesitzes auf jenen Inseln auch anderweitig sich den Queensländern unbequem gemacht, indem die Eingeborenen dort, wo sie gut behandelt werden und den versprochenen Lohn auch wirklich erhalten, gern arbeiten, während die Queensländer auch in Guinea keine Arbeiter mehr erhalten können. Es ist also leicht erklärlich, daß die Queensländer ganz besonders erbost auf die Deutschen sind und Neigung verspüren, sich auf eigene Faust dem weiteren Vordringen derselben in den Weg zu stellen. Bestätigt sich die Nachricht von der Organisirung förmlicher Freibeuter-Expeditionen, oder gar von dem bereits erfolgten Abgange einer derselben, so können wir uns auf ernste Zusammenstöße gefaßt machen. Dagegen werden die Neuseeländer, über deren heißen Wunsch, die Samoa-Inseln schlankweg zu annectiren, der Telegraph neuerdings aus Wellington berichtet hat, sich wohl etwas abkühlen, wenn sie erfahren, daß das am 13. December von Auckland in See gegangene deutsche Kanonenboot „Albatros" nach Apia bestimmt war, und das Dampfschiff, welches die Neuseeländer zum Zweck einer Annectirungsfahrt nach den Samoa-Inseln in Wellington bereit hielten, dort eines gebührend warmen Empfanges sicher war. Ueber das deutsche Geschwader in der Südsee läßt sich ferner noch Folgendes melden: Die „Elisabeth" war nach vollzogener Annectirung der neubritannischen Inselgruppe, wie vorher bestimmt, nach Japan weitergegangen; muthmaßlich ist sie es gewesen, welche bei den inzwischen gemeldeten Besitzergreifungen an der Nordküste Guineas assistirte, da von der Anwesenheit eines anderen deutschen Kriegsschiffes in jener Gegend nichts bekannt geworden ist. Das Kanonenboot „Hyäne" war mit dem Reichscommissar v. Oertzen an Bord bei Matupi zurückgeblieben, um zwischen den dortigen Inselgruppen zu kreuzen und Befehle von der Heimath abzuwarten. Die Corvette „Marie" war am 14. November von Apia abgegangen, um die „Elisabeth" abzulösen, doch muthmaßte man, daß sie vorher noch einen Abstecher nach den Marshallsinseln und den Carolinen machen würde. Ob eine hier circulirende Anekdote sich bestätigt, wonach Herr v. Oertzen seine amtliche Meldung von den Besitzergreifungen auf Neu-Britannien und Neu-Irland nicht chiffrirt, sondern einfach in deutscher Sprache durch den Capitain eines englischen Schiffes nach Cooktown zur telegraphischen Weiterbeförderung nach Berlin geschickt habe und dieses Telegramm in Folge dessen erst nach einem zeitraubenden Umwege durch verschiedene englische Regierungsbureaus nach Berlin gelangt sei, vermag ich nicht anzugeben. Die Sache wird aber so bestimmt erzählt, daß ich doch Notiz davon nehmen mußte.

* In Paris hat man jetzt nähere Nachrichten über den Aufstand in Kambodscha erhalten. Derselbe begann zu Sambor, das am Großen Fluß in der Nähe der Grenze des siamesischen Laos liegt. Sambor ist ein wichtiger Markt und Hauptort einer der Bezirke der Provinz Kratie. Die Franzosen hatten dort einen Posten von 25 anamitischen Schützen, die von einem Officier befehligt waren. Da diesem Officier die Meldung gemacht wurde, daß sich in der Nähe des Postens eine Räuberbande befände, so verließ er allein den Posten, um über die Stellung der Aufständischen Erkundigungen einzuziehen. Der Officier kam nicht zurück und einige Minuten später wurde der Posten angegriffen. Da die Besatzung sah, daß sie bedeutende Streitkräfte vor sich hatte, so zog sie sich auf den Fluß zurück. Außer dem Officier wurde eine größere Anzahl der Schützen getödtet. Der Gouverneur von Cochinchina, Thomson, begab sich sofort mit Truppen nach Pnum-Penh, das ungefähr 50 Stunden von Sambor entfernt liegt, um die nöthigen militairischen Maßregeln zu ergreifen. Man glaubt nicht, daß der König von Kambodscha die Hand im Spiele hat, sondern es sich nur um einen jener Angriffe handelt, die in diesen Gegenden häufig stattfinden. Die Provinzen von Kambodscha, die an Cochinchina und Siam grenzen, sollen vollständig ruhig sein. Die Nothwendigkeit, die Besatzungen in Kambodscha zu vermehren, soll jedoch vorliegen.

Reichstag.

25. Sitzung vom 15. Januar 1885.

(Ausführlicher Schluß aus voriger Nummer.)

Abg. Frhr. von Schorlemer-Alst: Die zahlreichen Abänderungsanträge zeigen, daß man sie jetzt im Gegensatz zu früher für discutabel hält. Ich bedaure, daß Abg. Lohren nur für Frauen und Kinder Sonntagsruhe wünscht, nicht aber für die Männer und doch ist auch für den Körper und die Seele des männlichen Arbeiters die Sonntagsfeier nöthig, gleichviel ob am Sonntag die Maschinen gereinigt werden müssen oder nicht. Abg. v. Göler will nur bewilligen, was spruchreif ist — nun die Sonntagsruhe scheint mir doch spruchreif, schon seitdem wir die zehn Gebote haben. (Beifall im Centrum.) Dem Abgeordneten Dr. Buhl will ich erwidern, daß gerade von den kleinen Landwirthen die Sonntagsruhe sehr streng gehalten wird. Wenn auch die Schuld an der Kinderarbeit den Eltern zur Last fallen sollte, so müssen eben die Eltern gesetzlich dazu angehalten werden, die Kinder nicht zur Fabrikarbeit zu mißbrauchen. Abg. Schuhmacher hat sich besonders gegen das Centrum gewendet. Auch wir verlangen, der Staat soll helfen — das zeigt unser Antrag — aber nicht der Staat allein. Abg. Schuhmacher sagt, er kenne keinen ultramontanen Nationalökonomen. Das ist ja auch von ihm nicht zu verlangen. (Heiterkeit.) Aber ich will seiner Wissenschaft zu Hilfe kommen und ihm Thomas von Aquino nennen. (Heiterkeit links.) Ihre Heiterkeit zeigt, daß Sie ihn nicht kennen. Abg. Baumbach hat auch von den Gewerbegilden gesprochen — ich will heute darauf nicht eingehen, bekenne aber gern, daß meine Partei mit die Anregung zu dieser Erhöhung gegeben hat. Der Herr Reichskanzler meinte, wir sollten ihm unsere Weisheit zeigen. Das war etwas hämisch, aber wir werden ja in der Commission Gelegenheit haben, unsere Weisheit zu zeigen. Erinnern möchte ich jedoch daran, daß die heutige Rede des Herrn Reichskanzlers sich ganz auf deutsch-freisinnigem Boden bewegt hat. (Beifall links.) Der Reichskanzler ruft dem Centrum zu, wir sollten doch einen Gesetzentwurf machen. Ja, das darf er seinen Ministern zurufen, nicht aber uns. (Beifall im Centrum.) Auch weiß ich nicht, warum der Reichskanzler sich gerade gegen uns und nicht gegen die Conservativen gewendet hat (Heiterkeit), die doch ähnliche Anträge gestellt haben. Mir scheint eben, daß man in der Regierung eine Zeit arbeiterfreundlich war, jetzt aber wieder capitalfreundlich ist. (Beifall im Centrum.) Seitdem der Reichskanzler die Socialdemokraten hier gelobt hat, sind sie viel schärfer gegen uns, trotzdem hat die „Nordd. Allg. Ztg." von einem Bündniß des Centrums mit der Socialdemokratie gesprochen. (Heiterkeit.) Der Reichskanzler hat gesagt, er liest die „Nordd. Allg. Ztg." mit Nutzen — das können wir zugestehen, wenn wir ihn hier hören (Heiterkeit), nur weiß man meistens nicht, wer Leser und wer Autor ist. (Große Heiterkeit.) Mir erscheint die Gesundheit und das Interesse der Arbeiter größer als das Interesse der Industrie. (Beifall im Centrum und rechts.) Gelingt es nicht, die christlichen Wahrheiten und Gefühle den Arbeitern wiederzugewinnen, so hilft aller Schutz nicht. Die Freiheit der Kirche muß wieder hergestellt werden, die Orden hergestellt. Heinrich Heine hat behauptet, die Communisten würden hervorgerufen durch die Hochschulen. Was thun wir denn zur Besserung? Die Wirkung des Socialistengesetzes ist gleich Null (Beifall links), seine Wirkung ist eine tief demoralisirende. Als es sich um die Verlängerung des Socialistengesetzes handelte, galt den Nationalliberalen Jeder, der gegen das Socialistengesetz stimmte, für einen Vaterlandsfeind und bei dem letzten Wahlkampfe wurden von der „Köln. Ztg." Wahlbündnisse mit den Socialisten empfohlen, die Socialdemokraten wurden gestreichelt und umworben. Die Socialdemokratie rühmt sich ihrer Arbeiterfreundlichkeit. Von wem sind denn aber die besten freiwilligen Institutionen für die Arbeiter geschaffen worden? Doch von den Katholiken. Und wenn es keine Socialdemokraten gebe, so würden wir doch ebenso arbeiterfreundlich auftreten wie jetzt. Alle Parteien sollten ihren Parteistandpunct aufgeben, sobald es sich um das Wohl der Arbeiter handelt. Auch auf die Frage der Wahlfreiheit der Arbeiter werden wir in einem späteren Antrage zurückkommen. Alle unsere Anträge aber gehen davon aus, daß wir das Gottesgebot, das Eigenthum, als unantastbar auffassen. Das aber ist eine Schranke, die die Socialdemokratie sich nicht zieht. Die Socialdemokratie ist trotz der günstigen Schilderungen der nationalliberalen Parteiblätter sich treu geblieben. Hier habe ich ein Flugblatt der Socialdemokratie, in dem die nationalliberale Partei als eine charakterlose, in Fäulniß übergehende Partei bezeichnet wird. Dem gegenüber erklärt ein hannoversches nationalliberales Blatt, daß die Wahl des socialistischen Candidaten Meister nur zu empfehlen wäre. (Heiterkeit.) Diese Wahl sei durchaus zu vereinen mit der nationalliberalen Parteimoral. (Große Heiterkeit.) Die Socialdemokratie hält noch heute an ihren Zukunftsplänen fest: Abschaffung des Königthums und des Eigenthums. (Beifall bei den Socialdemokraten.) Wenn es aber nicht gelingt, den kleinen Grundbesitzer vor der Expropriation zu schützen, so fällt auch der kleine Grundbesitzer der Socialdemokratie zu. (Beifall rechts.) Schaffen wir aber Schutz, dann wird sich die Socialdemokratie an dem kleinen Grundbesitz brechen. Die Pläne der Socialdemokratie setzt Engel voraus, aber keine Menschen. Schon stehen hinter den Socialdemokraten die Anarchisten. Die Gefahr ist groß und selbst der Befürchtung kann ich mich nicht verschließen, daß die Socialdemokratie in die Armee eindringt oder eingedrungen ist. Es ist dies ja auch kein Wunder, denn die Socialdemokratie verfügt fast über eine Million Mitglieder. Die Gefahr ist groß, helfen kann nur die Kirche. Deshalb fordern wir die Sonntagsfeier, deshalb wollen wir durch Verbot der Frauenarbeit wieder die Familienerziehung der Kinder ermöglichen, deshalb wollen wir die Feststellung einer Maximalarbeitszeit. Gerade der Invalidität der Arbeiter muß vorgebeugt werden und deshalb bitten wir, unterstützen Sie unseren Antrag. Gedenken Sie der Worte Pitt's: Sagen Sie nicht, das Parlament ist ohnmächtig — einen Schutz zu gewähren, ist es hochmächtig! (Lebhafter anhaltender Beifall im Centrum.)

Abg. Stöcker: Für uns ist eine Ausführung des Normalarbeitstages nur möglich unter Beschränkung auf die einzelnen Industrien. Die ganze Arbeiterbewegung zwingt uns ja auch zu der Prüfung dieser Frage. Wenn wir uns mit der Frage der Frauenarbeit und mit der der Sonntagsruhe beschäftigen, so beschäftigen wir uns mit Etwas, was gar nicht sein sollte. Dagegen bei der Frage der Normalarbeitszeit kommen wir zu der eigentlichen Frage des Arbeiterschutzes. Für die Frage der Sonntagsheiligung ist gestern selbst Abg. Schuhmacher, der sich selbst als religionslos bezeichnet, eingetreten — ich hoffe, wie der Sonntagsfeier, so wird Abgeordneter Schuhmacher auch der Religion, aus der die Sonntagsfeier geschlossen ist, bald wieder näher treten. Abg. v. Schorlemer polemisirt mit Recht gegen die Socialdemokratie, aber er vergißt, daß in Karlsruhe ein Bündniß zwischen Socialdemokraten und Centrum geschlossen ist. Ich erinnere ihn ferner daran, daß in der katholischen Hedwigskirche Stimmzettel für einen jüdisch-freisinnigen Candidaten vertheilt worden sind. Wenn die Socialdemokraten sich heute hier zu Umsturzgedanken bekennen, so weiß ich sicher von ehrlichen Arbeitern, daß sie sich entrüstet von diesen Führern der Socialdemokratie abwenden werden. — Was nun meinen Antrag betrifft, so berufe ich mich auf die Schweiz und die ungünstigen Erfahrungen, die dort mit dem Normalarbeitstage gemacht worden sind. Wir sind daher der Meinung, daß nur für einzelne Industrie-Betriebe der Normalarbeitstag möglich ist. Meine Fraction verlangt, daß dem Reichstage noch im Laufe dieser Session ein von den Fabrikinspectoren zu erstattender amtlicher Bericht vorgelegt werde. Mein Antrag hat vor dem des Abg. Dr. Buhl den Vorzug voraus, daß ihm schneller Folge gegeben werden kann, während der Antrag der Nationalliberalen Jahre zu seiner Ausführung verlangt. (Beifall rechts.)

Abg. Grohe (Volkspartei) erklärt sich Namens seiner Partei für den Antrag des Abg. v. Hertling, worauf das Haus sich vertagt.

Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr.

Tages-Ordnung: Berathung der socialpolitischen Anträge der Abgg. v. Hertling u. Gen.

Schluß 5½ Uhr.

Hôtel Palmbaum,

Restaurant neu eröffnet.

Cotillon-Orden, Touren, Masken, Kopfbedeckungen, Bockbiermützen u. Plakate, M. Apian-Bennewitz, Markt Nr. 8, Barthel's Hof.

Haben Sie Katarrh, Husten, Heiserkeit ꝛc.? so nehmen Sie die M. Boß'schen Katarrhpillen, welche sofortige Besserung bringen. Erhältlich in Leipzig, Engelapotheke, sowie in fast jeder Apotheke Sachsens.

Tageskalender.

Kaiserliche Telegraphen-Anstalten.

1. K. Haupt-Telegraphenamt im Postgebäude am Augustusplatz.	4. K. Postamt 4 (Mühlgasse).
2. K. Postamt 2 (Leipzig-Dresdner Bahnhof).	5. K. Postamt 6 (Wiesenstraße 10).
3. K. Postamt 3 (Bairischer Bahnhof).	6. K. Postamt 7 (Ranstädter Steinweg).
	7. K. Postamt 8 (Eilenb. Bahnh.).
	8. K. Postamt 11 (Kurprinzstraße).

1) Bei den Postämtern 5 (Neumarkt, Hohmann's Hof) und 10 (Hospitalstraße) findet Telegraphenbetrieb nicht statt; das erstere Amt nimmt jedoch Telegramme zur Beförderung an die nächste Telegraphenanstalt an.

2) Bei den Postämtern 2—8 und 11 sind Post- und Telegraphendienststunden übereinstimmend (Wochentags von 7 bez. 8 früh bis 8 Uhr Abends, Sonntags und an den gesetzlichen Feiertagen von 7 bez. 8 früh bis 9 Vorm. und von 5 bis 7 Uhr Abends). Die Postämter 2 und 3 sind für die Annahme ꝛc. von Telegrammen außer während der Postdienststunden an den Wochentagen auch von 8 bis 9 Uhr Abends geöffnet.

Beim Haupt-Telegraphenamt werden immerwährend, auch in der Nachtzeit, Telegramme zur Beförderung angenommen.

Bei dem Postamt 1 am Augustusplatze findet überdies an den Sonntagen und gesetzlichen Feiertagen auch in der Stunde von 11—12 Vorm. eine Ausgabe von Briefen an regelmäßige Abholer statt.

3) Das Postamt Nr. 9 (Naschmarkt, Börsengebäude) ist nur an Wochentagen von 11—4 Uhr zur Annahme von Telegrammen geöffnet.

Auskunftsstelle der königlich preußischen Staatseisenbahnverwaltung, Goethestraße 9, parterre im Laden, geöffnet täglich außer Sonntags, giebt unentgeltlich Auskunft